

Ideen und Pläne zur Reichsreform (4. Teil)

Der letzte Teil dieser Serie gibt einen Überblick über die Volksgruppen und handelt von deren Forderungen sowie von weiteren Ausgleichen. Ferner werden die Pläne von Habsburgern den Ideen der Sozialdemokratie gegenübergestellt.

(jux)

Forderungen der Volksgruppen und weitere Ausgleiche.

Durch den Österreichischen-Ungarischen Ausgleich kam es zunächst zu einer Stabilisierung des Reiches. Grundsätzliche Probleme, nationaler und sozialer Art, blieben aber nach wie vor ungelöst. In beiden Staaten wurde versucht nationale Spannungen durch Ausgleiche zumindest zu mildern. Um dies verständlicher darzustellen ein statistischer Überblick: 1)

Prozentsätze der Nationalitäten in Österreich-Zisleithanien 1890

Deutsche 36,1%, Tschechen 23,3%, Polen 15,8%, Ruthenen 13,2%, Slowenen 5,2%, Serbokroaten 2,8%, Italiener 2,9%, Rumänen 0,9%

Prozentsätze der Nationalitäten in Ungarn einschließlich Fiumes und Siebenbürgens, aber ohne Kroatien-Slawonien 1890

Magyaren 48,6%, Deutsche 13,3%, Slowaken 12,5 %, Rumänen 17,11%, Ruthenen 2,5%, Kroaten 1,2%, Serben 3,3%.



Entwurf eines föderalen Staates „Großösterreich“ von Aurel C. Popovici,
(fotografiert im Erzherzog Franz-Ferdinand-Museum in Artstetten)

Nach dem Ausgleich mit Ungarn entstand in Tschechien die Taborbewegung. Unter einem Tabor wurden Volksversammlungen unter freiem Himmel verstanden. Folgende Forderungen wurden gestellt: „*Niemals würden die Tschechen die Idee des „böhmischen Staatsrechtes“, also einer eigenen, schon vor dem Einheitsstaat von 1749²⁾ existierenden Staatlichkeit, aufgeben.*“³⁾ Nach tschechischen Forderungen sollte den böhmischen Ländern (Böhmen, Mähren, Schlesien) eine analoge Stellung wie Ungarn erhalten, deshalb sollte auch der Kaiser zum König von Böhmen gekrönt werden. Dies wurde vom böhmischen Landtag in Form einer Deklaration erhoben. Der Kaiser war um einen Ausgleich mit den Tschechen bemüht, allerdings war es klar, dass es unmöglich wäre alle Völker der Monarchie zufrieden zu stellen. Deshalb müsse man die Unzufriedenheit slawischer Völker in Kauf nehmen, um eine Opposition Deutscher und Ungarn zu verhindern. Eine geplante Erweiterung der Autonomie scheiterte am Widerstand der Deutschen, da sie eine Majorisierung durch die tschechische Minderheit befürchteten.

Erst 1905 trat der vom mährischen Landtag und der cisleithanischen Regierung ausgehandelte **Mährische Ausgleich** in Kraft. Er diente als Vorbild für den **Bukowiner** und den **Galizischen Ausgleich**. Auch im Bereich der ungarischen Krone waren Ausgleiche dringend erforderlich. Der **Ungarisch-Kroatische Ausgleich** wurde 1868 abgeschlossen. Er wurde von beiden Seiten aber unterschiedlich ausgelegt: Die Kroaten verstanden darunter eine Vereinbarung zwischen beiden Ländern; die Ungarn bloß eine Sonderregelung für eine teilautonome Provinz Ungarns.

Forderungen der Volksgruppen

Mittels des zwischenstaatlichen Ausgleichs und den folgenden innerstaatlichen Ausgleichen wurde teils mit Erfolg nationale Ungleichheiten ausgeglichen. Viele nationale Probleme blieben bestehen. Dazu ein kurzer Überblick: Die **Ungarn** erreichten eine weitgehende Autonomie. Die **Deutschen** wollten einen zentralistischen Einheitsstaat, da sie in fast allen Ländern eine Minderheit bildeten. In der Gesamtmonarchie wurde der Einheitsstaat zu einem Dualismus umgebildet. Die Situation in Zisleithanien entsprach mit Einschränkungen ihren Vorstellungen. Die **Tschechen** begehrten das „böhmische Staatsrecht“ für ihre drei böhmischen Ländern, also eine staatsrechtliche Stellung analog zu Ungarn. Die **Slowenen** forderten ein eigenes Kronland. Es sollte sich aus den mehrheitlich von Slowenen besiedelten Gebieten der Untersteiermark (Štajerska), Kärntens, Görz, Triest sowie Istrien zusammensetzen. Die **Italiener** des Trentino wollten eine administrative Trennung von Innsbruck und ein eigenes Kronland. Die **Polen** erreichten eine weitgehende Autonomie für Galizien. Für die dort lebenden Ruthenen (Ukrainer) wurde dies als Katastrophe empfunden. Die **Kroaten** Istriens und Dalmatiens forderten den Zusammenschluss Dalmatiens mit dem zur ungarischen Stephanskronen gehörigen Königreich Kroatien.

In der folgenden Gründerzeit verschärften sich soziale Gegensätze. Die rasante Industrialisierung führte zur Bildung eines Industrieproletariats und zu dessen Verelendung. Kunst und Kultur erlebten dagegen eine Blütezeit. Bei Versuchen die Nationalitätenfrage zu lösen spielten Wirtschaft, ungleich verteilter Bodenbesitz, Bildung und die ungleiche Verteilung von Beamtenposten eine Rolle. So gehörten in Galizien fast der gesamte Grundbesitz (ca. 90%) den Polen. Der restliche Bodenanteil reichten für die Ukrainer bestenfalls für eine subsistenzwirtschaftliche Nutzung. Deutlich wird der Zusammenhang zwischen nationaler Zugehörigkeit und wirtschaftlichen Möglichkeiten in Wien. Unter den Bauträgern finden sich keine Angehörige der tschechischen Volksgruppe – diese finden sich unter den verarmten Bauarbeitern und den sogenannten „Ziaglbehm“. Weitere Reformen erschienen dringend notwendig.

Pläne von Habsburgern und der Sozialdemokratie.

(Kronprinz Rudolf, Thronfolger Franz Ferdinand, Aurel Popovici, Ideen der Sozialdemokratie)

Man kann zwei Perioden erkennen, die Interesse für Reichsreformen zeigten: Die erste in der Zeit des Neo-Absolutismus von der Revolution (1848) bis zum österreichisch-preußischen Krieg (1866). Die zweite Periode zeigte sich ab den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts und dauerte bis zum 1. Weltkrieg. *„In beiden herrschte das Gefühl, daß Österreich im Abgleiten begriffen sei, während andere Staaten zu größerer Macht und zu größerem Ruhm emporstiegen, so daß es seine Kräfte unter Beweis stellen müsse, wenn es seine Stellung bewahren wollte.“* ⁴⁾

Die Notwendigkeit von Reformen war dringend erforderlich: *Monarchia semper reformanda!* Verschiedene Personen und gesellschaftliche Gruppen zeigten Interesse. *„Der Kaiser war alt geworden und die Zeit, in der er unbekümmert gewagte Verfassungsexperimente unternommen hatte, war vorbei. Neue soziale Kräfte – die in der Sozialdemokratischen Partei organisierte Arbeiterschaft und das deutsche Kleinbürgertum, welches zum großen Teil der christlichsozialen Bewegung angehörte – nahmen rasch an politischer Macht zu.“* ⁴⁾

Konservative waren verunsichert und versuchten die Monarchie zu bewahren Nachdem vom Monarchen kein weiterer Reformwille zu erwarten war, setzten sie ihre Hoffnung auf den Thronfolger Franz Ferdinand. Weitere Reformgedanken des Kronprinzen Rudolf und die des zum Kreise Franz Ferdinands gehörenden Aurel Popovici verdienen erwähnt zu werden.

Kronprinz Rudolf

Nicht nur zu Rudolfs Zeiten, auch heute und in Zukunft werden Vorhaben, nicht nach Inhalt, sondern nach der Person des Planers bewertet. Deshalb ist es notwendig auf seine Person, die oft als polarisierend, heute würden Journalisten sagen umstritten, empfunden wird, kurz einzugehen. KANN zeichnet ihn als eine der begabtesten und auch faszinierendsten Persönlichkeit des Hauses Habsburg. Aber er wird auch als launenhaft, neurotisch und nervös beschrieben. Seine Erziehung unterschied sich wesentlich von jener seines Vaters: *„Rudolf, der als Thronerbe erzogen wurde, hatte, mehr den Richtungen der Zeit als denen des kaiserlichen Hauses entsprechend, eine weit bessere und im allgemeinen auch liberalere Erziehung genossen als Franz Joseph oder dessen Vorgänger.“* ⁵⁾

Hinsichtlich der Unterschiedlichkeit zwischen Vater und Sohn, die sich in politischen Ansichten offenbarten, meint KANN: *„Obwohl Rudolf ein unleugbarer, in seinen Anschauungen über Religion, Philosophie und Wissenschaft sogar ein militanter Liberaler war, war er dabei nicht weniger „habsburgisch“ in seinen Absichten und Gefühlen als der Kaiser. Während der konservative Monarch in der späteren Hälfte seiner Regierung vergeblich alles auf die Erhaltung des im Abstieg begriffenen Reiches richtete, indem er größere Gefahren und Konflikte zu vermeiden suchte, sah der junge Kronprinz die Wiederherstellung des alten Ruhmes und der Erringung neuer Macht als sein Hauptziel an.“* ⁵⁾

Ein differenzierteres Bild des Kronprinzen zeichnen GÖRLICH-ROMANIK in ihrem Buch „Geschichte Österreichs“: *„Der Kitsch hat in weiten Kreisen der Bevölkerung ein Bild des Kronprinzen gezeichnet, das ihn als tollen Weiberhelden zeigt und ihn schließlich aus Liebeskummer zusammen mit einem 17jährigen Backfisch sterben läßt. Die ernsthafte Geschichtsforschung hat schon längst das wahre Gesicht Rudolfs enthüllt, dessen sowie Österreichs-Ungarns Tragik es war, daß sein Wollen nicht zur Realität vorstoßen konnte. Der Kronprinz Rudolf stand – wie so mancher Thronfolger – im Gegensatz zur Innen- und zur Außenpolitik seines Vaters. Kaiser Franz Joseph I., als absoluter Monarch 1848 zur Herrschaft gekommen, hatte seit dem Experiment Hohenwarth-Schäffle ⁶⁾ in konstitutioneller Pflichterfüllung – keinen Versuch*

mehr unternommen, eine grundlegende Reform der Donaumonarchie durchzuführen. Er hielt sich streng an die Verfassung und die ihm verbliebenen Rechte, die er – nachdem er sie einmal anerkannt hatte – niemals mehr zu seinen Gunsten auszuweiten trachtete. Im Herzen immer noch „Kaiser von Gottes Gnaden“, fügte er sich den Gegebenheiten der Stunde, ohne mit dem Herzen der neuen Zeit folgen zu können.“⁷⁾

Rudolf erkannte die innen- und außenpolitischen Gefährdungen der Monarchie und zeigte Verständnis für nationale und soziale Probleme, er wünschte eine Wiedergeburt des Austro-Slawismus, wie dieser während der Revolutionsjahre bestand. Zu seinen außenpolitischen Ideen zählte die Befreiung der Balkanvölker von der türkischen Herrschaft. Sein Österreich sollte vom Bodensee bis Konstantinopel reichen. Rudolf wollte die Monarchie in einen Föderativstaat umwandeln. Alle Rumänen, Siebenbürger und jene des Königreiches, sollten vereinigt werden. Bosnien, Herzegowina und Albanien sollten einen autonomen Staat bilden. Bulgarien Griechenland bis Konstantinopel sollten durch Militärkonventionen und Wirtschaftsverträge an Österreich-Ungarn angegliedert werden.⁸⁾ Er strebte somit ein Groß-Österreich an.

Der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand

Wie bei Kronprinz Rudolf beschäftigen sich Historiker, ehe sie auf den Inhalt geplanter Reformen eingehen, zunächst mit der Befindlichkeit und den Charaktereigenschaften des Thronfolgers. *„Er wurde von vielen abgelehnt, ja gehaßt und gefürchtet, von wenigen außerhalb des engsten Kreises seiner Familie und seiner intimsten Mitarbeiter wirklich geliebt. Trotzdem wurde er von einer Reihe bedeutender Männer hochgeschätzt. Dies gilt besonders für die Konservativen, deren Reihen durch ihn in die altkonservativen Anhänger des Kaisers und in eine jüngere, radikale Gruppe gespalten wurde, die seine politischen Grundsätze bejahte. Eine weit umfangreichere Gruppe, einschließlich seiner Gegner, hat aber zumindest sein Bestreben, das Reich zu erhalten, respektiert.“⁹⁾*

Während Kronprinz Rudolf politisch nicht vernetzt war und über keinen organisatorischen Machtapparat verfügte, stand Franz Ferdinand als „Generalinspektor der bewaffneten Macht“ eine „Militärkanzlei“ zur Verfügung. Diese fungierte quasi als eine Form einer „Gegenregierung“, ohne die Autorität des Kaisers infrage zu stellen. In dieser wirkten hervorragende ihm gegenüber loyalen Militärs, welche Dokumente und allgemeine Richtlinien für die Politik nach der Thronbesteigung erarbeiteten. Der Leiter der Militärkanzlei, Oberst Alexander Brosch, entwarf die Dokumente auf Befehl des Thronfolgers und fanden dessen Zustimmung.

Maxime seiner politischen Pläne war der Gesamtstaatsgedanke d.h. die Stärkung der bindenden Kräfte der Monarchie. Seine Nationalitätenpolitik zielte auf eine Stärkung der Krone und andererseits auf eine Herabsetzung des magyrischen Status ab. Letzteres sollte durch eine politische Besserstellung der nichtmagyrischen Nationalitäten (z.B. Kroaten, Slowaken und Rumänen) in der ungarischen Reichshälfte erreicht werden. Tschechisch-deutschen Versöhnungsversuchen stand er mit Skepsis gegenüber, weil er befürchtete, dass eine Versöhnung von Tschechen und Deutschliberalen zum Nachteil Konservativer führen und damit den Einfluss der Krone mindern würde. T. G. Masaryk der spätere Präsident der Tschechoslowakei über die Nationalitätenpolitik des Thronfolgers: *„Man kann auch in slawischer Sprache germanisieren; mit solcher Taktik wollte Franz Ferdinand seine germanisierende Zentralisation durchführen.“¹⁰⁾*

Aurel C. Popovici (1863-1917)

Er war ein Nachkomme rumänisch-sprachiger, orthodoxer Wehrbauern der österreichischen Militärgrenze. Nach seiner Matura studierte er Medizin in Wien und Graz. Er brach das Studium allerdings

ab. Er wandte sich gegen die Magyarisierungspolitik der transleithanischen Reichshälfte, was ihm eine Verurteilung zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe einbrachte, der er sich durch Flucht entzog. Als Groß-Österreicher zählte er zum Kreis des Thronfolgers Franz Ferdinand. Er schlug 1906 die Bildung eines föderalen Staates vor, der den Namen „**Vereinigte Staaten von Großösterreich**“ führen sollte. Er sollte aus 16 oder 15 nach dem Nationalitätsprinzip weitgehend autonomen Teilen bestehen. Folgende Gliederung war vorgesehen:

1.Deutsch Österreich. 2.Deutsch-Böhmen. 3.Deutsch Mähren. 4.Böhmen. (Das gesamte tschechische Gebiet Böhmens, Mährens und Schlesiens.) 5.Westgalizien. (Umfasst das polnisch besiedelte Gebiet.) 6.Ostgalizien. (Der ruthenische Teil des Landes, die ruthenischen Komitate Ungarns und der Bukowina.) 7.Siebenbürgen. 8.Kroatien. (Dalmatien. Kroatisches Istrien, Fiume.) 9.Krain. (Das gleichnamige österreichische Kronland, slowenische Teile von Steiermark Kärnten und des österreichischen Küstenlandes.) 10. Slowakenland. 11. Die Woiwodina. (Das serbische Gebiet Süd-Ungarns.) 12.Ungarn. (Das magyarische Gebiet.) 13.Das Széklerland. (Teil Siebenbürgens von magyarischer Bevölkerung besiedelt.) 14.Trentino. 15.Triest. ¹¹⁾

Für die Lösung der jüdischen Frage sah er eine nationale Autonomie vor. Die Durchführung einer solchen dürfte auf Schwierigkeiten stoßen. Mit der Ermordung des Thronfolgers und des Ausbruches des Weltkrieges endeten seine Bestrebungen.

Die Sozialdemokratie

Die Sozialdemokraten bekannten sich lange zum österreichischen Vielvölkerstaat, deshalb nannte man sie vor 1914 spöttisch „k.k. Sozialdemokratie“. Auf dem Brünner Parteitag stellte die österreichische Sozialdemokratie, ungarische Sozialisten gehörten nicht zur österreichischen Sozialdemokratie, ihr Nationalitätenprogramm als Resolution vor:

- „1. Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.*
- 2. Anstelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.*
- 3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der jene nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.*
- 4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch eine eigene, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz besorgt.*
- 5. Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird ein Reichsparlament bestimmen.“ ¹²⁾*

Vor der Annahme der Resolution wurde eine heftige Debatte geführt, bei welcher die Meinungen der deutschösterreichischen Genossen und die der Slawen, hauptsächlich vertreten von Tschechen, kollidierten. Der ursprüngliche Entwurf, fand bei den slawischen Delegierten keine Zustimmung da er u.a. die vorläufige Beibehaltung des Deutschen als Vermittlungssprache aufwies. In Wien gründete die Mehrheit der tschechischen Sozialisten nach tschechisch-feindlichen Demonstrationen 1910 eine Tschechische Sozialistische Partei. Sie erzielten bei den 1911 durchgeführten Reichsratswahlen 26 Mandate. Dagegen mussten sich die weiter mit der Gesamtpartei verbundenen Genossen mit lediglich einem Mandat abfinden.

Dr. Karl Renner legte ein Reformprogramm vor, in welchem nicht das Territorialprinzip, sondern das Personalprinzip vorgesehen war. Die würde bedeuten, dass jeder österreichische Bürger, bei Wahlen, unter Außerachtlassung seines jeweiligen Wohnsitzes, seine Stimme seiner nationalen Kurie abgeben

könnte. Das Minoritäten-Problem innerhalb der jeweiligen Kronländer würde damit gelöst und die historisch entwickelten Länder könnten erhalten bleiben.

Aus dem Kreis der Sozialdemokratie ist noch der Sozialphilosoph **Norbert Leser** zu erwähnen. Der bekennende Sozialist und Katholik setzte sich kritisch mit der Sozialdemokratie auseinander, der er vorhielt das Ziel eine Alternative zum Kapitalismus verfehlt zu haben. Er vertrat die Meinung, die Monarchie hätte gerettet werden können, wenn der Kaiser die Sozialdemokratie in die Regierung aufgenommen hätte. *„Lesers schwarz-gelbe Nostalgie manifestierte sich auch in einer Mitgliedschaft in der katholisch-österreichischen Landsmannschaft Maximiliana, einer besonders konservativen und dem ehemaligen Kaiserhaus verbundenen Studentenverbindung, die ihm auch das Ehrenband verliehen hat. Ihm sei lieber, wenn ihm Band und Deckel ins Grab nachgeworfen würden als die drei Pfeile, die lange Jahre Symbol der sozialistischen Partei waren, sagte Leser mehrfach.“*¹³⁾ Er verstarb am 31. Dezember 2014.

Durch den Ausbruch des unglückseligen Weltkrieges wurden Reformbestrebungen obsolet. Andere Probleme wurden vorrangig. Der verlorene Krieg und zentrifugale Kräfte führten schließlich zum Zerfall der Monarchie. Der Rest war Österreich.

Text: AH Jux
Bild: DDr.cer. Raffael

¹⁾ Zahlen nach Kann 2.Bd. S.390. Gefragt wurde nach der jeweiligen Umgangssprache.

²⁾ Auflösung der Böhmisches Hofkanzlei. Ende des böhmischen Partikularismus; Zentralisierungsbestrebungen durch M. Theresia.

³⁾ Bruckmüller, S.427.

⁴⁾ Kann 2.Band, S.183.

⁵⁾ Kann 2.Band, S.186.

⁶⁾ Das Ministerium Hohenwart- Schöffle (Feb. 1871-Okt.1871). Versuchte eine tschechisch-deutsche Aussöhnung. Eine Königskrönung in Prag war geplant. Das Kabinett scheiterte am Widerstand der Deutsch-Böhmen, die eine Majorisierung durch Tschechen befürchteten, sowie am Widerstand des ungarischen Ministerpräsidenten Julius Andrassy.

⁷⁾ GÖRLICH-ROMANIK, S.448.

⁸⁾ ebenda, S.449.

⁹⁾ Kann 2.Band, S.191.

¹⁰⁾ Kann 2.Band, S.199.

¹¹⁾ Kann 2.Band, S.203,204.

¹²⁾ Kann 2.Band, S.161.

¹³⁾ Der Standard, 1.1.2010.

QUELLEN

Als Grundlagen dienten folgende Bücher:

- Ernst Bruckmüller. Österreichische Geschichte. Böhlau Verlag Wien Köln Weimar. 2019.
- Heinrich Drimmel. Franz Joseph. Amalthea Wien München. 1983.
- Ernst Joseph Görlich-Felix Romanik. Geschichte Österreichs. Tyrolia-Verlag. Innsbruck Wien. 1966.
- Robert A. Kann. Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie.
- Erster Band: Das Reich und die Völker. Zweiter Band: Ideen und Pläne zur Reichsreform. Verlag Hermann Böhlaus Nachf./ Graz-Köln. 1964.
- Alfred Payerleitner. Adler und Löwe. Krenmayr & Scheriau. Wien.1990.